

# Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Wahlen in Azad Kashmir

Bei den am 30. Juni abgehaltenen Parlamentswahlen in der von Pakistan kontrollierten autonomen Region "Azad Jammu & Kashmir" (Freies Jammu und Kaschmir) hat der amtierende Premierminister Sardar Qayyum als Spitzenkandidat der regierenden 'Muslim Conference' völlig überraschend eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Sieger des Urnengangs wurde Mumtaz Hussain Rathore, Chef der 'Azad Jammu and Kashmir Peoples Party' (AJKPP), einer Tochterpartei der in Islamabad regierenden 'Pakistan Peoples Party' (PPP). Nach dem ungewöhnlich hart geführten Wahlkampf, der insgesamt elf Tote und zahlreiche Verletzte forderte, berichtete die englischsprachige Wochenzeitung 'Friday Times' über massive Wahlfälschungen und Manipulationen zugunsten des Erfolgsmanns von Benazir Bhutto.

## Frankreich liefert Kampfflugzeuge

Pakistan kauft vom französischen Rüstungsunternehmen 'Sagem' für umgerechnet rund 184 Millionen Mark 40 gebrauchte Kampfflugzeuge vom Typ Mirage III. Wie ein Sprecher der Regierung in Islamabad bestätigte, unterzeichneten beide Länder bereits vor mehreren Monaten einen entsprechenden Vertrag, der die Lieferung der Jets innerhalb der nächsten zwei Jahre vorsieht. Das Geschäft war den Angaben zufolge geheim gehalten worden, um die endgültige Zustimmung der Regierungen abzuwarten.

Die pakistanische Presse garnierte ihre Berichterstattung über den französisch-pakistanischen Waffendeal unter Berufung auf Informationen aus Regierungskreisen und der Armeeführung mit pikanten Einzelheiten eines spektakulären Korruptionskandals: Demnach sicherten sich die französischen Unterhändler den nach Expertenmeinung völlig überteuerten Lieferauftrag für die mehr als 30 Jahre alten Maschinen mit Schmiergeldzahlungen in Höhe von insgesamt mehr als 30 Millionen Mark. Als mutmaßliche Empfänger der Bestechungsgelder wurden hochrangige Militärs im Verteidigungsministerium und Mitglieder der Luftwaffengeneralität genannt. Die in Islamabad erscheinende Tageszeitung 'The Muslim' erhob in diesem Zusammenhang insbesondere gegen den ehemaligen Oberbefehlshaber

der Pakistan Air Force und gegenwärtigen Vorsitzenden des "Joint Chief of Staff" der Armeegeneralität, Farooq Firoz, den sie als hauptverantwortlichen Drahtzieher der Korruptionsaffäre bezeichnete, schwere Vorwürfe.

Ein in Reaktion auf die Presseberichte von Premierministerin Benazir Bhutto eingesetzter regierungsinterner Untersuchungsausschuß soll sich nun mit der Aufklärung der Hintergründe befassen. Über das Ergebnis dürfte jedoch die Öffentlichkeit kaum etwas erfahren, da die Regierung laut Verfassung in Fragen der Landesverteidigung und des Rüstungsetats noch nicht einmal gegenüber dem Parlament rechenschafts- oder Auskunftspflichtig ist. Immerhin wurde unterdessen bekannt, daß als erstes Opfer der Untersuchungskommission der für Rüstungsgeschäfte im Ausland verantwortliche Generaldirektor des Armeebeschaffungsamtes (Defence Procurement), Admiral Akthar, seinen Posten räumen mußte.

Parallel zu dem jetzt abgeschlossenen Waffengeschäft verhandelt die pakistanische Regierung außerdem mit dem französischen 'Dassault'-Konzern über die Lieferung von 32 hochmodernen Kampfbombern vom Typ Mirage 2000-5. Das Auftragsvolumen soll sich nach französischen Presseberichten auf umgerechnet rund 6,16 Milliarden Mark belaufen. Aufgrund der enormen Kosten, die - zum Vergleich - das Finanzvolumen des Rüstungsetats der Regierung für das kommende Jahr noch übertreffen, steht auch dieses Projekt mittlerweile im Kreuzfeuer der Kritik der pakistanischen Medien, das vor dem Hintergrund der aufgedeckten Schmiergeldaffäre besonders heftig ausfällt. Vor allem das Bekanntwerden der Zahlungsmodalitäten, die unter anderem die Aufnahme eines weiteren Auslandskredits in Höhe von umgerechnet mehr als drei Milliarden Mark vorsehen sollen, und Meldungen über angebliche ungewöhnlich hohe Kommissionszahlungen des französischen Unternehmens an hochrangige Mittelsmänner in der pakistanischen Administration sorgt in der interessierten Öffentlichkeit für Aufregung. Das in Islamabad ansässige 'Institute of Policy Studies' berichtet in diesem Zusammenhang in der Juliausgabe des hauseigenen Monatsmagazins 'Pakistan Political Perspektive' unter Berufung auf westliche Diplomatenkreise,

daß im Umfeld des Mirage-Geschäftes "Vermittlerhonorare" von insgesamt rund 300 Millionen Mark ausgehandelt worden seien. Derzeit verfügt die pakistanische Luftwaffe über rund 100 Mirage-Bomber älterer Bauart.

## Vier Schiiten erschossen

Bei einem bewaffneten Überfall auf eine Gruppe schiitischer Pilger sind Ende Mai in der North-West Frontier Province (NWFP) unweit der Indus-Stadt Dera Ismail Khan vier Menschen getötet und zwölf weitere verletzt worden. Die Opfer befanden sich nach Polizeiangaben auf dem Weg in die Stadt, um dort an der diesjährigen Muharram-Prozession der Schiiten teilzunehmen, als sie in den Hinterhalt gerieten. Zwei Tatverdächtige wurden inzwischen verhaftet. Religiös motivierte Gewalttaten militanter sunnitischer Terrorgruppen an der schiitischen Minderheit (etwa 15 bis 25 Prozent der sich mehrheitlich zum sunnitischen Islam bekennenden Bevölkerung) überschatten bereits seit etlichen Jahren das höchste Fest der Schiiten, das an den Märtyrertod der ersten drei schiitischen Imame Ali, Hassan und Hussein erinnern soll. Die orthodoxe sunnitische Geistlichkeit in Pakistan bekämpft die schiitischen Trauerprozessionen, die traditionell von teilweise blutigen Selbstgeißelungen besonders eifriger Gläubiger begleitet werden, als angeblich heidnisches und anti-sunnitisches Spektakel.

## Hitzewelle fordert Menschenleben

Einer anhaltenden Hitzewelle mit Temperaturen bis zu 52 Grad Celsius sind im Juni nach pakistanischen Presseberichten allein in den Provinzen Punjab und Sindh mindestens 300 Menschen zum Opfer gefallen. Überwiegend waren Landarbeiter auf Zuckerrohr- und Baumwollfeldern sowie Obdachlose in den Großstädten betroffen, die unter der sengenden Sonne einen Hitzschlag erlitten hatten.

Über mehrere Wochen hinweg wurden täglich hunderte in Ohnmacht gefallener Menschen in die Krankenhäuser eingeliefert. Außerdem tötete die Bruthitze Tausende von Rindern, Haustieren und unzählige Vögel. Aus der am schwersten betroffenen Südprowinz Sindh meldeten die Behörden zudem Engpässe bei

der Wasser- und Stromversorgung.

### Bhutto empfängt Frauen von Geiseln in Kaschmir

Premierministerin Benazir Bhutto hat am 7. Juli die Frauen von zwei der vier im indischen Teil Kaschmirs entführten westlichen Touristen empfangen. Die amtliche pakistanische Nachrichtenagentur APP meldete, Bhutto habe Jane Schelly und Julie Mangan versichert, daß sie sich weiterhin für die Freilassung ihrer Männer Donald Hutchings und Keith Mangan einsetzen werde. Die beiden sind seit einem Jahr zusammen mit dem Deutschen Dirk Hasert und dem Briten Paul Wells in den Händen muslimischer Rebellen, die für die Unabhängigkeit Kaschmirs von Indien kämpfen.

Bhutto habe die Entführung als Rückschlag für die Sache der Kaschmiri bezeichnet und verurteilt, meldete APP weiter. Die Regierung in Islamabad leistet den in Kaschmir operierenden

Gruppen nach eigener Darstellung zwar moralischen und politischen Beistand, verfügt aber über keinen Kontakt zu den Entführern der Gruppe Al Faran, die für die Entführung der Touristen verantwortlich sein soll. Indien dagegen beschuldigt Pakistan, die Rebellen direkt zu unterstützen.

Auch Bernd Hasert, der Bruder Dirk Haserts, besuchte in Begleitung von drei Abgeordneten des Deutschen Bundestages die pakistanische Hauptstadt, um sich für die Freilassung der Geiseln einzusetzen. Bernd Hasert sagte nach seiner Reise, die ihn auch nach Indien und Kaschmir führte, daß er neue Hoffnung habe, daß die Entführten noch leben. Das Auswärtige Amt in Bonn hatte allerdings mehrfach darauf hingewiesen, daß es seit August vergangenen Jahres nach der Ermordung des Norwegers Hans Christian Oströ kein verlässliches Lebenszeichen mehr gegeben habe und der Kontakt zu den Entführern abgebrochen sei. Für Gerüchte über die Ermordung der vier Männer gebe es allerdings

gleichfalls keine Beweise (siehe auch den Meldungsteil Indien).

### Regierung will Todesstrafe für Frauen abschaffen

Nach einer Kabinettsitzung am 10. Juni gab ein Regierungssprecher bekannt, daß die derzeit mögliche Todesstrafe für Frauen abgeschafft werden soll. Ein konkreter Zeitpunkt für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes oder den Erlass eines Regierungsdokuments wurde nicht genannt. Skeptische Beobachter bezeichneten deshalb die Initiative aufgrund der politischen Brisanz als rein kosmetische Absichtserklärung an die Adresse von auf die Einhaltung der Menschenrechte pochenden Geberländer. Dennoch löste der Vorstoß bei den religiösen Parteien heftige Reaktionen aus. Sie brandmarkten die Abschaffung der Todesstrafe für Frauen als Verstoß gegen islamisches Recht und kündigten entschlossenen Widerstand an.

# Proteste gegen den neuen Staatshaushalt

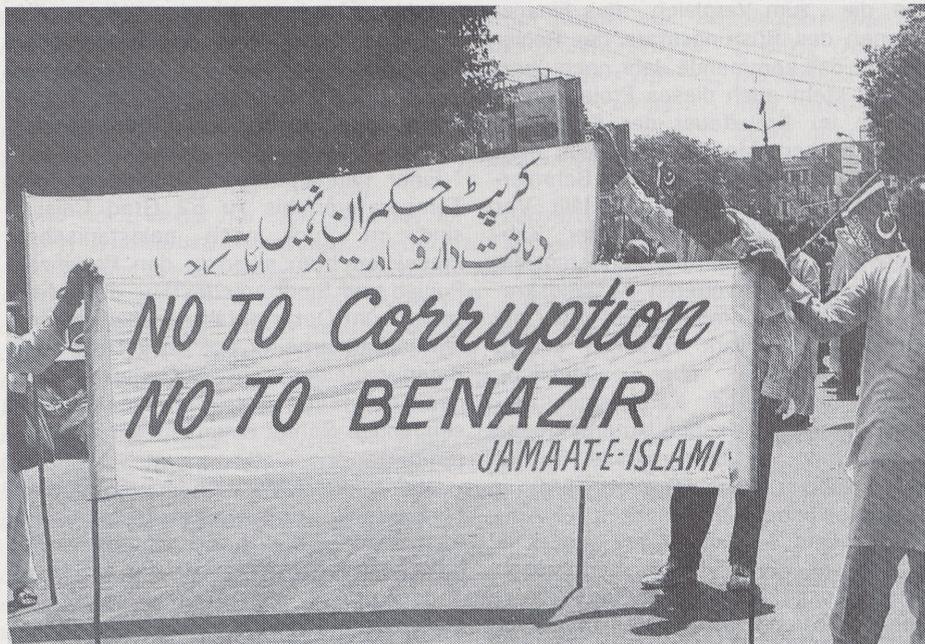
von Jorge Scholz

Der Ende Juni von der Bundesregierung in Islamabad verabschiedete Staatshaushalt für das kommende Jahr hat aufgrund der darin vorgesehenen drastischen Steuererhöhungen und Subventionskürzungen einen von Streiks und gewalttätigen Demonstrationen begleiteten

landesweiten Proteststurm ausgelöst. Zum blutigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den von der regierungsunabhängigen pakistanischen Presse als "Killer Budget" verurteilten Etat eskalierte eine zentrale Kundgebung der islamistischen Oppositionspartei

'Jamaat-i-Islami' (JI) am 24. Juni in Rawalpindi, als gegen die Menschenmenge vorrückende starke Polizeikräfte das Feuer eröffneten und drei Demonstranten töteten. Bis zu 100 Personen wurden dabei verletzt. Ein Polizist starb bei anschließenden mehrstündigen Strassenschlachten zwischen beiden Seiten. Ex-Premier Nawaz Sharif nutzte die Gunst der Stunde für eine öffentlichkeitswirksame Wiederannäherung seiner 'Pakistan Muslim League' (PML) an die ehemals verbündete JI des derzeit aufgrund seiner Opferrolle auf einer Sympathiewelle schwimmenden Islamistenchefs Senator Qazi Hussain Ahmed und den Start einer neuen außerparlamentarischen Anti-Regierungskampagne mit dem Ziel vorzeitiger Neuwahlen.

Der Zeitpunkt für die Agitationsoffensive ist gut gewählt, da das von der Bhutto-Regierung geschnürte kombinierte Haushalts- und Steuerpaket vor allem bei den Arbeitern und Angestellten in den Städten, die in Zukunft mit mehreren neuen Abgaben kräftig zur Kasse gebeten werden, auf heftige Ablehnung stößt. So müssen Bezieher regelmäßiger Einkommen künftig Steuern auf Miet- und Fahrtkostenzuschüsse zahlen, die ihnen vom Arbeitgeber gewährt werden.



Benazir Bhutto in großer Not (Foto: 'Herald')